Nummer 7 | Berlin, 12. Februar 1927 | 37. Jahrgang

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands

(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis: Ab 1. April 1924: monatlich 1,20 R.-Mark.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 40 Reichstagsufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis
Geschäftsanzeigen: die sechsgespaltene Nonpareillezeile 60 Goldpfennig.
Gratulationen d. Zeile 50 Goldpfg., für Todesanzeigen d. Zeile 40 Goldpfg.

Geschichtskalender: 12. bis 18. Februar.

14. Februar 1917: Angestellter Franz Grimm, Ortsverein Dresden, gestorben.
15. Februar 1896: Georg Bauer, Hannover, tritt seinen Dienst als Hilfsarbeiter im Verbandsbureau an.
16. Februar 1891: Bebel fordert im Reichstag die völlige Sonntagsruhe für die Mühlenarbeiter.
16. Februar 1906: Der Verbandsvorstand petitioniert gegen die Brausteuererhöhung.
18. Februar 1885: Gauverein Dessau gegründet.

Am Pulsschlag des Lebens.

Die Zeit rast. Das Wort des griechischen Philosophen Heraklit erfüllt sich: Alles fließt. Im wirtschaftlichen Leben gibt es keinen Stillstand; es läßt sich nicht in starre Formen pressen. Gedanken von Ewigkeitswert werden heute kaum mehr geboren. Durchschlagende Ideen, heute von großer Tragweite, sind morgen bereits überholt. Der Wille zur Selbstbehauptung überflügelt alle anderen Gefühle. Spontan setzt er sich bei den vom Glück begünstigten durch.

Was sind Errungenschaften? Wer achtet morgen noch auf sie, wenn sie bereits vom Zweifel überzogen sind. Und die Erfindungen? Es gibt in allen Ländern Patentämter zum Schutz derselben. Das mochte angehen, wo man in jeder Erfindung einen Ewigkeitswert sah. Die moderne Zeit setzt sich über den Patentschutz rasch hinweg. Denn was heute gilt, kann morgen trotz Patentschutz entwertet sein. Der Grübler, der jahrelang Probleme wälzt, ist nicht mehr das Sinnbild der Zeit. Der rasch hervorgebrachte und in die Tat umgesetzte Gedanke triumphiert. Ein Volk der Denker und Dichter zu sein, kann sich keines mehr rühmen.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung wurde von den Gewerkschaften unterstützt, war von ihnen beeinflußt. Es erfordert große Mittel. Sie sollen in Kanalbauten und anderen großen Werken zur Beförderung von Massengütern festgelegt werden. Auf jeden Notstandsarbeiter kommt mindestens eine fünfmal so große Geldsumme, als er als Unterstützungsempfänger bezogen hätte. Derweil wir solche Probleme wälzen, werden Erfindungen bekannt, die den Transport von Massengütern zum Teil überflüssig machen. Der amerikanische Aufstieg beruht teilweise in der Unterbindung der Vergeudung in der Produktion und im Verbrauch. Nicht alles wurde auf diesem Gebiet erreicht, namentlich in Amerika nicht. Dennoch wird man es in nicht ferner Zeit als eine Vergeudung sondersgleichen betrachten, gute Kohlen im Ofen oder unter dem Kessel zu verfeuern. Von den Orten der Kohlegewinnung werden Schächte ausgehen, die Rohre mit verfeinerter Kohle: Oel, Gas und dergleichen enthalten. Vereint mit elektrischen Kabeln werden diese Rohre die aufgehäufte und verfeinerte Energie überall hinleiten. Und während man solche Gedanken in die Tat umzusetzen sich anschickt, sollen wir über den Bau von Kanälen beraten, die zur Beförderung von Massengütern, namentlich von Kohlen bestimmt sind.

Es ist Vorsicht geboten, wenn man an wirtschaftliche Probleme herantritt. Kapital- und zinsfressende Anlagen zu schaffen, dazu dürfte kein Grund vorliegen. Ueberlassen wir es den Vertretern der Privatwirtschaft, hier für Abhilfe zu sorgen. Unterdessen geben wir den Arbeitslosen eine reichliche Unterstützung. Der Wirtschaft wird dadurch vielleicht eher geholfen sein.

Die Menschen sind nur scheinbar an Raum und Zeit gebunden. Flugzeug und Radio sind dabei, beides zu überwinden. Mehr als bisher wird das Flugzeug Lastenschlepper und Menschenbeförderer werden. Bald wird es keinen Flecken der Erde mehr geben, der noch von einem Geheimnis umgeben ist. Alles wird in den Kreis der kapitalistischen Warenzirkulation einbezogen sein. Was sind dann noch Staaten oder Landesgrenzen? „Die politische Grenze ist eine abscheuliche Grenze," sagte der Präsident der Internationalen Handelskammer, Walter Leaf, „sie trennt künstlich Menschen, die danach streben, zusammenzukommen. Hinweg mit ihnen!"

Die Erfindung Gutenbergs war eine große Tat. Die Buchdruckkunst hat unendlich viel zur Versöhnung der Völker, zur Höherentwicklung der Menschheit beigetragen. Das geschriebene Wort kam zur Herrschaft. Es bildete den Weg, mit Hilfe dessen Ideen und Gedanken von Mensch zu Mensch, von Volk zu Volk getragen wurden. Die zündenden Reden eines Cicero, eines Mirabeau, eines Lassalle hatten nur geringe Wirkung, wenn sie nicht durch Druckerschwärze verewigt und weitergetragen wurden. Die Zeitung entstand und wurde zur ersten Großmacht im öffentlichen Leben. Im „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" war dieser Tage zu lesen, daß zur Befriedigung des Lesebedürfnisses jedes Deutschen jährlich drei Bäume abgehauen und zu Papier verarbeitet werden müssen. Heute ist die Antenne die Schriftleitung und Versandstelle der weitreichendsten und vielsprachigsten Zeitung. Der elektrische Funke schwirrt durch den Raum als Uebermittler von Gedanken und Ideen. Gutenberg hat einen Konkurrenten bekommen.

Wenn wir so den Puls der Zeit abzuhorchen uns bemühen, wird uns manches klar. Aber ein Gedanke drängt sich uns mit aller Heftigkeit auf: Wo bleibt bei alledem der arbeitende und schaffende Mensch? Ist eine an technischen Errungenschaften so reiche Zeit auf die Dauer möglich bei diesen Lebensbedingungen? Nein, das erscheint uns als eine Unmöglichkeit. Der weise Gelehrte des Altertums, Aristoteles, prophezeite, daß, wenn das Weberschiffchen sich von selbst hin und her bewegte, der Herr keine Sklaven und der Meister keine Gesellen mehr brauchte. Das sind 2300 Jahre her. Heute setzen sich auf Geheiß des Menschen Zyklopenkräfte in Bewegung. Ein Hebeldruck bewirkt, daß es um uns rast und tobt. Und dennoch gibt es noch Meister und Gesellen, Herren und Knechte! Aristoteles, der große Meister der Logik, würde in einem solchen gesellschaftlichen Zustand keinen Funken Logik entdecken.

Eine so verfeinerte Kulturperiode wie die unserige verliert ihren Sinn oder ist zum Untergang verurteilt, wenn sie nicht einen gesunden, wirtschaftlichen Nährboden und dem gesamten Menschengeschlecht erträgliche Lebensbedingungen schafft. Die Arbeit ist trotz der zyklopenhaften Kräfte der Maschinen der Ursprung aller Dinge. Ohne sie ist auch die moderne Welt ein öder Trümmerhaufen. Deshalb ist die Verbreiterung des

Aufruf zu den Neuwahlen der Betriebsvertretungen im Jahre 1927.

Die Neuwahlen der Betriebsvertretungen sind einheitlich nach den Richtlinien der unterzeichneten Spitzenverbände in den Monaten Februar-März 1927 durchzuführen.

Von den Ortsausschüssen des ADGB. und den Ortskartellen des AfA-Bundes ist zu diesem Zweck ein Termin zu bestimmen, an welchem alle Betriebsvertretungen die

Bestellung des Wahlvorstandes

vornehmen und diejenigen Belegschaften, die gegenwärtig eine Betriebsvertretung nicht besitzen, ihren Unternehmer zur Bestellung eines Wahlvorstandes auffordern. Die Durchführung der Wahlen obliegt den jeweils beteiligten Gewerkschaften

Alle Betriebsvertretungen, die im Laufe des **Jahres 1926** gewählt worden sind, sollen im Interesse der Einheitlichkeit die Neuwahlen durchführen. Maßgebend sind § 23 bzw. §§ 42 und 43 BRG. Betriebsvertretungen, die erst im **Jahre 1927** gewählt worden sind, bleiben im Amt, ebenso diejenigen Betriebsvertretungen, bei denen besondere Verhältnisse vorliegen, auch wenn die Wahlen schon im Jahre 1926 stattgefunden haben. Hierbei ist jedoch eine Verständigung mit den maßgebenden Gewerkschaften notwendig. Die besonderen Betriebsvertretungen gemäß §§ 61, 62 BRG. (bei Behörden, bei der Reichsbahn, im Baugewerbe usw.) handeln nur nach den Weisungen ihrer Gewerkschaften. Für sie gilt daher die allgemeine Aufforderung zur Neuwahl nicht.

Diese Anweisungen sind genauestens zu beachten, damit Schädigungen der Arbeiter- und Angestelltenbewegung vermieden werden.

Maßgebend für die Durchführung der Wahl

sowohl für Arbeiter als auch für Angestellte, sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419/20) und die Richtlinien des AfA-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach ist genau zu verfahren. Insbesondere ist unter allen Umständen zu unterlassen, in verschleierter oder offener Form politische Listen aufzustellen. Außerdem dürfen in keinem Falle in die Listen der freien Gewerkschaften Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert sind. Wo hiergegen verstoßen wird, können die Gewerkschaften derartige Wahlen auf Grund der Kongreßbeschlüsse nicht anerkennen.

Die für die Durchführung der Neuwahlen notwendigen Formulare hat sich der Wahlvorstand im Betriebe herstellen zu lassen. Die Materialien dazu hat der Unternehmer zur Verfügung zu stellen (§ 36 BRG. und § 22 der Wahlordnung zum BRG).

Das ganze Jahr 1926 war für die Gewerkschaften und damit auch für die Betriebsräte sehr bewegt. Die Auseinandersetzungen über Rationalisierung, Technisierung und Typisierung, die große Arbeitslosigkeit, das Ueberstundenunwesen und die Absicht der Unternehmer, das Arbeitsrecht und das Sozialrecht abzubauen, haben die Kräfte der Gewerkschaften vollkommen in Anspruch genommen. Das Jahr 1927 hat diese Probleme übernommen. Es gilt vor allen Dingen, die Auswüchse der Rationalisierung zu beseitigen und zu verhindern, daß die Arbeiter und die Angestellten dabei die Leidtragenden sind. Vielmehr muß die Rationalisierung als Fortschritt der Menschheit auch der Arbeiterklasse zugute kommen.

Die Arbeitslosigkeit ist zu beseitigen, was u. a. auch dadurch bis zu einem gewissen Grade erreicht werden muß, daß der Achtstundentag gesetzlich wiederhergestellt wird. Auch hierbei werden die Betriebsräte wertvolle Hilfe leisten müssen.

Große Aufgaben stehen infolgedessen den Betriebsräten bevor. Es ist daher

Pflicht jeder Belegschaft,

die eine Betriebsvertretung wählen kann, unter allen Umständen dafür zu sorgen, daß auch von diesem Rechte Gebrauch gemacht wird. Die Gewerkschaften bemühen sich ununterbrochen, die Position der Betriebsräte zu sichern. Durch das Arbeitsgerichtsgesetz vom 23. Dezember 1926 ist mit Wirkung vom 1. Juli 1927 auch für die Betriebsvertretungen eine volle Einheitlichkeit der Rechtsstellen geschaffen worden, so daß also nicht wie bisher die Betriebsräte notwendig haben, sich an die unterschiedlichsten Rechtsstellen wenden zu müssen. Außerdem sind auch durch das Arbeitsgerichtsgesetz für die Betriebsräte selbst größere Sicherheiten geschaffen worden. Gegen Entscheidungen der Arbeitsgerichte auf Amtsenthebung von Betriebsräten bzw. Zustimmung zur Entlassung von Betriebsräten gibt es nach Inkrafttreten des Arbeitsgerichtsgesetzes die Rechtsbeschwerde mit aufschiebender Wirkung an das Landesarbeitsgericht. Die Gewerkschaften haben auch dem Reichstag Anträge eingereicht, um die objektive Durchführung des Betriebsrätegesetzes mehr als bisher zu sichern. Das Betriebsrätegesetz soll so geändert werden, daß auch die Belegschaften den Wahlvorstand bestellen können, und daß der Wahlvorstand, die Kandidaten zu den Neuwahlen, die ausscheidenden Betriebsräte und die amtierenden Betriebsräte selbst vor Maßregelungen geschützt sind.

Um alle diese wichtigen Aufgaben durchzuführen und zu erfüllen, ist es notwendig,

die Reihen der Gewerkschaften soviel wie möglich zu stärken.

Auch hierbei haben die Betriebsräte mitzuwirken, sie müssen als Funktionäre der Gewerkschaften dafür eintreten, daß alle Arbeiter und alle Angestellten Gewerkschaftsmitglieder sind.

Nunmehr an die Arbeit! Das wichtige gesetzliche Mitbestimmungsrecht ist zu seiner vollen Geltung zu bringen!

Die Stärkung der Kampfkraft der freien Gewerkschaften muß wiederum die Parole bei den Betriebsrätewahlen sein.

Berlin, den 1. Februar 1927.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund (ADGB.)

Allgemeiner freier Angestelltenbund (AfA-Bund.)

gesellschaftlichen Reichtums, der Wohlstand aller, die Voraussetzung für den Bestand der Kultur, für die Höherentwicklung der Menschheit in Gegenwart und Zukunft. Starke Kräfte sind Tag und Nacht bemüht, diesen Entwicklungsgang zu verhindern oder ihn doch weitestgehend zu hemmen. Setzen wir ihnen die vereinten Kräfte des nach Kultur lechzenden Volkes entgegen! Stärken wir unsere Gewerkschaften. Sie allein sind in der Lage, einer unnatürlichen Entwicklungsrichtung die richtigen Bahnen zu weisen.

Die Bedeutung der Betriebsräte.

Die Betriebsrätewahlen müssen wiederum in einigen Wochen vollzogen werden. Deshalb tritt die Betriebsrätefrage wiederum lebhafter in Erscheinung. In den Unternehmerblättern wird neben den Betriebsrätewahlen auch zugleich ein Urteil über die Einrichtung der Betriebsräte selbst abgegeben. Wir greifen hier einen Artikel der „Bergwerks-Zeitung" vom 30. Januar heraus. Wir finden dort unter anderem folgende Meinungsäußerung:

„Wenn man die Tätigkeit der Betriebsräte in den letzten zwei oder drei Jahren überblickt, so kann man nicht umhin, festzustellen, daß ihre Bedeutung ganz erheblich zurückgegangen ist ... In den Kreisen erfahrener und älterer Arbeiter macht sich eine weitgehende Interesselosigkeit an den Vorgängen im Betriebsrat und bei seiner Wahl geltend ... Vielen Arbeitern kam immer mehr zum Bewußtsein, daß das Betriebsrätegesetz tatsächlich ein Fehlschlag war. Das führte dazu, daß in vielen mittleren und kleineren Betrieben überhaupt eine Wahl nicht mehr zustande kam und sie ohne Arbeitervertretung und ohne Obmann blieben."

Das schwerindustrielle Blatt druckte dann mit Wohlbehagen einen Aufruf der „Roten Fahne" ab, der zum gewerkschaftlichen Massenkampf und zur revolutionären Gewerkschaftsopposition auffordert. Zum Schluß wird für eine Heraufsetzung des Wahlalters Stimmung zu machen versucht.

Wenn die Betriebsräteeinrichtung so viel an Bedeutung verloren hätte, würde man sich zweifellos nicht so viel mit ihr beschäftigen. Nicht zu verkennen ist, daß auch in den Reihen der Arbeiter eine kühlere Beurteilung der Betriebsrätefragen Platz gegriffen hat. Man hatte die Erwartungen zu hoch geschraubt, und in sehr vielen Fällen hat es auch an Leuten gefehlt, die ein solches Amt auszufüllen verstanden. Zu dem Posten eines Betriebsrates gehört nicht nur die Fähigkeit, den Kollegen gegenüber eine gewisse Autorität zu erringen, sondern auch ein rascher Ueberblick über taktische Möglichkeiten der jeweiligen Lage und vor allem wirtschaftliche Einsicht und Kenntnisse. Daran hat es manchmal gefehlt. Aber dies war vorauszusehen. Die Gewerkschaften, als die Träger der Betriebsrätebewegung, haben trotz aller Schwierigkeit in den wenigen Jahren mit Erfolg einen Stamm von Funktionären heranzuziehen vermocht, die das Amt des Betriebsrates voll und ganz auszufüllen in der Lage waren. So muß es weitergehen. Von den Arbeitskollegen in den Werkstätten verlangen wir größeres Verständnis für die Betriebsrätefragen. Die Betriebsräte waren ein Teil jener großen Forderungen, die die Gewerkschaften an einen sozialen Staat stellten. Doch ein Gesetz bleibt ein leeres Gefäß. Es mit Inhalt zu füllen ist Aufgabe derer, die es angeht. Mögen deshalb die Betriebsrätewahlen dazu benutzt werden, um Aufklärung zu schaffen und Verständnis dafür zu erwecken, daß der Weg zur Demokratisierung der Wirtschaft mit Schwierigkeiten gepflastert ist. Ein Anfang zu der großen Tat war die Schaffung der Betriebsräte. Von der Fähigkeit, dieses Instrument benutzen zu können, wird die Durchführung der Wirtschaftsdemokratie mehr oder weniger abhängen.

Brauerei-Bilanzen.

Die Frage der Unkosten und der Arbeitslöhne.

Die deutschen Brauereien haben zum Teil die Ergebnisse aus dem Geschäftsjahr 1925/26 der Oeffentlichkeit unterbreitet. Der Verlauf des Geschäftsjahres dürfte wohl am besten durch den Abschluß der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei A.-G. gekennzeichnet werden. Die Schultheiß gibt das Geschäftserträgnis mit 66,67 Millionen Mark an. Das Ergebnis für 1924/25 betrug nur 55,73 Millionen Mark. Hierbei handelt es sich immerhin nur um ein buchtechnisches Ergebnis. Es berücksichtigt vor allen Dingen die Fabrikationskosten nicht, die sehr wahrscheinlich, wie auch bei anderen Unternehmen, starke Aufwendungen für Neueinlagen enthalten dürften. Der wirkliche Verlauf des Geschäftsjahres dürfte, zum mindesten bei der Schultheiß-Patzenhofer A.-G., durch die Dividendenpolitik gekennzeichnet sein. Die Gesellschaft erhöht ihre Dividende von 10 Proz. im Vorjahre auf 15 Proz. (ähnlich verfährt der Schwesternkonzern, die Ostwerke A.-G., wo eine Steigerung von 10 auf 12 Proz. vorgenommen wird). Was die Dividendensteigerung bei der Schultheiß-Patzenhofer A.-G. betrifft, muß berücksichtigt werden, daß die Ablösung der Verpflichtungen gegenüber der Kahlbaum-Gesellschaft den Mitteln zugute kommt, die für die Dividendenzahlung zur Verfügung stehen. Andererseits ist zu beachten, daß die Schultheiß für das abgelaufene Jahr auf ein erhöhtes Kapital Dividende zu zahlen hat.

Im großen und ganzen kann gesagt werden, daß das Jahr 1925/26, wenigstens soweit das finanzielle Ergebnis in Frage kommt, besser ausgefallen ist als das Vorjahr. Das dürfte auch von den meisten Brauereien behauptet werden, wie folgende Aufstellung zeigt:

	Dividende 1925/26 (in Prozenten)	Dividende 1924/25 (in Prozenten)	Reingewinn 1925/26 (in tausend RM.)	Reingewinn 1924/25 (in tausend RM.)
Engelhardt	10	10	1800	1700
Dortmunder Ritterbrauerei	18	15	—	—
Löwen-Böhmisch	12	12	647	646
Radeberger Export	12,5	15	—	—
Schlegel-Scharpensel	12	10	753	546
Brauhaus Nürnberg	12	12	851	1008
Schöfferhof-Binding	20	20	—	—
Glückauf Gelsenkirchen	7,5	7,5	—	—
Königbrauerei Duisburg	8	7	185	192
Holsten A.-G.	12	10	—	—
Berliner Kindl	18	18	1290	1300
Borisch-Stettin	10	10	—	—
Henniger-Frankfurt	10	10	—	—
Lindener-Hannover	10	10	—	—
Löwenbrauerei München	12	10	—	—
Schönbusch-Königsberg	10	10	201	229
Dietrich-Düsseldorf	14	12	—	—
Hasen-Augsburg	10	8	572	844

Die behauptete, zum Teil gesteigerte Prosperität hat anscheinend in den interessierten Kreisen keine vollkommene Freude ausgelöst. Jedenfalls klagt man über zunehmende Schwierigkeiten. Die Klagen erstrecken sich insbesondere auf die steigenden Unkosten und auf die Belastung durch die gestiegenen Arbeitslöhne.

Hier interessieren zunächst die Behauptungen über den Einfluß erhöhter Arbeitslöhne auf das Geschäftsergebnis, wie sie zum Beispiel in der Generalversammlung des Engelhardt-Konzerns laut wurden. Dabei gehen die Brauereien von einer durchaus falschen Voraussetzung aus, indem sie den Arbeitslohn nicht in Verbindung mit den vorgenommenen technischen Umstellungen betrachten. Zweifellos hat die deutsche Brauindustrie in dem abgelaufenen Geschäftsjahr technisch starke Neuerungen vorgenommen. Einen Beweis liefert dafür die Brauereimaschinenindustrie, die durchweg gut beschäftigt war. Andererseits unterstreichen die Gesellschaften selbst in ihren Geschäftsberichten die programmatische Ausgestaltung ihrer Betriebe, vor allen Dingen die Modernisierung ihrer Anlagen So erhöhte sich zum Beispiel das Konto Maschinen und Geräte bei der Schultheiß-Patzenhofer A.-G. von 1,77 Millionen auf 2,26 Millionen Mark, wobei die inneren Abschreibungen, die zweifellos vorgenommen worden sind und bei recht vielen Gesellschaften wohl den gegenüber 1924/25 gesunkenen Reingewinn 1925/26 erklären, unberücksichtigt bleiben. Den technischen Neuerungen entspricht eine Mehrleistung, die zuguterletzt aber nicht nur auf Grund der besseren Maschinerie, sondern auch infolge der intensiveren Ausnutzung der Arbeitskraft erzielt werden konnte. Die immerhin noch gestiegene Produktion und die unzweifelhaft vorhandene Ausdehnung der Arbeitslosigkeit im Brauereigewerbe beweisen glattweg eine Steigerung der Leistung pro Kopf. Man darf bei Betrachtung des Lohnfaktors und des Lohnkontos in der Gewinn- und Verlustrechnung niemals von dem Lohnsatz oder von der gesamten für die Lohnzahlung aufgewandten Summe ausgehen. Das führt zu Irrtümern. Das Lohnkonto kann nur im Verhältnis zu der Leistung des Betriebes betrachtet werden, und entscheidend für diese Betrachtung ist, ob sich der Anteil des Lohnes an der Einheit der Fertigware verringert oder erhöht. Trotz nomineller Lohnerhöhungen im Brauereibetrieb läßt die Tatsache der weitreichenden wirtschaftstechnischen Umstellung und nicht zuguterletzt die in den vorgelegten Bilanzen nachgewiesene Prosperität des Gewerbes darauf schließen, daß in der deutschen Brauindustrie keine Lohnerhöhung in dem Sinne stattgefunden hat, daß vom Lohnanteil das Produkt ungünstig beeinflußt worden wäre. Vielmehr sind wir der Meinung, daß der gesunkene Anteil der Löhne an der Einheit der Ware die Prosperität der deutschen Brauereien erklärt, da wohl im Durchschnitt der Betriebe eine für das Geschäftsergebnis ins Gewicht fallende Steigerung der Umsätze nicht stattgefunden hat. Die Rekorddividenden der deutschen Brauereien sind das Ergebnis einer dem Sinn der wirtschaftstechnischen Umstellung nicht entsprechenden Lohnpolitik, und es bedeutet eine Irreführung der Oeffentlichkeit, wenn man sich in Klagen über die gestiegenen Löhne ergeht. Die an und für sich bei 12 bzw. 15 Proz. Dividende immer etwas komisch klingen.

Aehnlich liegen die Dinge hinsichtlich der Unkosten, deren Steigen öfters vom Unternehmertum mit dem bekannten Seitenblick auf die Sozialbelastung betont wird. Hier ist einmal festzustellen, daß es nicht den Tatsachen entspricht, wenn man ganz allgemein steigende Unkosten behauptet. Die Schultheiß-Patzenhofer-Gesellschaft weist die Handlungsunkosten für 1924/25 mit 16,18 und für 1925/26 mit 16,95 Millionen aus. Andere verschiedene Unkostenkonten betragen 10,39 Millionen für 1925/26 gegenüber 9,84 Millionen für 1924/25. Das ist eine durchaus normale Steigerung angesichts der bei Schultheiß erhöhten Produktion. Bei anderen Brauereien ist die Entwicklung noch viel günstiger. Engelhardt weist Einnahmen in Höhe von 30,4 Millionen auf (1924/25 = 29,7 Millionen). Der Reingewinn steigerte sich um 100 000 Mark auf 1,8 Millionen Mark, und die Abschreibungen wurden von 1,15 Millionen Mark auf 1,34 Millionen Mark erhöht. Löhne und Steuern steigerten sich von 10,36 auf 11,26 Millionen Mark. Wir wollen mal großzügig annehmen, daß die zuletzt ausgewiesene Steigerung sich nur durch eine Mehrbelastung des Lohnkontos erklärt, so handelt es sich nur um eine anscheinende Steigerung der Ausgaben, wozu wir ja oben schon das Nötige gesagt haben. Soweit aber die Kosten bei Engelhardt in Frage kommen, ist eine Senkung von 16,26 Millionen auf 16,03 Millionen Mark festzustellen. Eine derartige Senkung der Kosten dürfte auch wohl noch bei anderen Brauereien festzustellen sein. Im übrigen sind wir der Auffassung, daß gerade die Unkostenkonten Ausgaben enthalten, die sich schlecht mit der Natur eines Unkostenkontos vertragen. Die übersetzten Preise gestatten es heute den Firmen, größere Aufwendungen, die man früher durch Anleihen für Neuanlagen usw. aufbrachte, aus den laufenden Einnahmen zu finanzieren. Diese Ausgaben kontrahiert man in der Gewinn- und Verlustrechnung auf dem Unkostenkonto, wodurch ein durchaus verzerrtes Bild über die Rentabilität der Betriebe entsteht.

Anders mag es um die Gestaltung der Rohmaterialpreise stehen. Die Dauerhaussee für Agrarartikel hat natürlich auch die Preise wichtiger Rohmaterialien zuungunsten der Brauindustrie verändert. Die Schloßbrauerei Planegg A.-G. München gibt zum Beispiel für das Jahr 1924/25 pro Hektoliter Bier eine Belastung von 9,22 Mk. durch Malz und Hopfen an; sie sank im Jahre 1925/26 auf 8 Mk., erhöhte sich jedoch für das Jahr 1926/27, immer nach den Angaben der Schloßbrauerei Planegg A.-G. München, auf 9,75 Mk. Hier wirken sich die Exzesse in unserer Preisbildung aus, eine Folge gesteigerter Agrarpreise mit Hilfe von Zöllen und Staatsgeldern. Die deutsche Brauindustrie hat bis jetzt durch Betriebsverbesserungen und durch den besonderen Vorteil eines steigenden Absatzes in den letzten Jahren und des Nichtvorhandenseins eines Leerlaufs, wie ihn Betriebe anderer Wirtschaftszweige haben, dann aber auch schon durch die Bierpreiserhöhung, ohne Zweifel die Belastung mehr als ausgleichen können. Immerhin dürfte es für die deutsche Brauindustrie Zeit sein, gegen die Fortsetzung dieser Agrarpolitik, die ja in der neuen Rechtsregierung eine besondere Stütze findet, ganz energisch Front zu machen.

Meint ihr, draußen sei's besser auf Erden?
Ueberall ist es auf Erden jetzt schlimm,
nicht an dem Land, daß es besser soll werden,
liegt es, — am Menschen! es liegt nur an ihm!
Rückert.

Aus den Anfängen der Brauereiarbeiterbewegung.

Ein historisches Dokument.

(Ein Nachspiel zum Nürnberger Brauerstreik 1891.)

Von A. B.

Der Nürnberger Brauerverein war ein eingetragener Verein, dem auch viele Brauereibesitzer angehörten. Die verhaßten Sozis zu beseitigen, war nach dem unglücklichen Ausgang des Streiks ihre Hauptaufgabe. Der Vorsitzende des Brauervereins war ein ehemaliger Kollege, der die Wirtschaft zum Elefanten betrieb. Man hetzte an den Streikbrechern so lange herum, bis folgender Brief zustande kam:

„Nürnberg, den 21. März 1892.

Herrn Jakob Schmidt, Gastwirth,

Hier.

Die unterzeichneten Mitglieder des Bierbrauer-Vereins sollen an Herrn Jakob Schmidt, Vorstand obigen Vereins, den Antrag, binnen 10 Tagen eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: „Neuwahl der Gesamtverwaltung" mit der Motivirung, daß die Unterzeichneten durch die letzten Vorkommnisse mit der gegenwärtigen Verwaltung nicht mehr zufrieden sind und von Gerichtswegen zu diesem Schritt ermächtigt wurden, und zugleich betonend, daß Vorstand Schmidt in der Generalversammlung vom 17. Januar d. J. selbst zweimal sein Ehrenwort gegeben hat, nach Beendigung des Brauerstreiks eine Generalversammlung einzuberufen und freiwillig abzudanken, und in der letzten außerordentlichen Generalversammlung mehrfach den Ausdruck gebrauchte, von jetzt an für den Verein nichts mehr thun zu wollen.

Sollte Herr Schmidt aber nicht gewillt sein, freiwillig abzudanken, so beantragen wir, auf die Tagesordnung zu setzen:

Beschlußfassung über Erhebung einer Klage gegen den 1. Vorstand und den Kassierer wegen unbefugter Entnahme von Geld aus der Vereinskasse zu Zwecken, welche in den Statuten nicht benannt sind, und auf Rückersatz dieses Geldes.

Wir wählten diesen Weg, um den Namen des Bierbrauer-Vereins vor weiteren öffentlichen Herabwürdigungen zu bewahren, indem derselbe in der letzten Zeit als „Kranken- und Beerdigungsverein" zu Zwecken benützt wurde, mit denen derselbe nichts zu thun hatte.

Bei Ausschreibung ersuchen wir Herrn Schmidt, ausdrücklich zu betonen, daß der Zutritt nur gegen Vorzeigung der Aufnahmekarte oder der Statuten gestattet wird. Eine etwaige Antwort Ihrerseits auf dieses Schreiben ersuchen wir Sie, bei Mitglied Beck, Entengasse, zu hinterlegen."

Es folgen 146 Unterschriften.

Es waren nämlich, laut Beschluß einer Versammlung, Gelder zur Unterstützung der Streikenden, die Mitglieder des Vereins waren, verwandt worden. Tatsächlich haben sie dann später den Kollegen Schmidt ersatzpflichtig gemacht. So lange der Brauerverein Kranken- und Beerdigungsverein war, und die Mitglieder sich recht willig ausbeuten ließen, da war es den Brauereien recht, als aber sich die Erkenntnis Bahn brach, daß die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit eine Form war, dann warfen sie die Maske ab.

Sie haben dann den Vorstand bestimmt, und der mußte den Verein so leiten, daß es ihren Interessen entsprach. Sie wollten nach dem verlorenen Kampf die Organisation vernichten, aber es ist ihnen nicht gelungen. Unter großen Opfern, unter schwierigen Verhältnissen und mit Unterstützung der Fürther Kollegen, besonders des späteren Vorsitzenden des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes Martin Etzel, wurden alle Anschläge gegen die junge Organisation zurückgeschlagen.

Das Bildungswesen und der Kinematograph.

(IGB.) Der Kinematograph, eine der größten technischen Erfindungen, die auf dem Gebiete des Erziehungswesens Verwendung finden kann, ist fast ausschließlich dem Nationalismus, dem Militarismus und Kapitalismus dienstbar. In Amerika spielt der Kinematograph im öffentlichen Leben eine so große Rolle, daß die Herstellung vom Filmen heute die drittgrößte Industrie ist. Allein seit dem Jahre 1921 sind in solchen Unternehmungen 3 Milliarden Dollar angelegt worden. Es gibt 250 Filmgesellschaften, von denen sich 25 zu einem großen Trust zusammengeschlossen haben. Die Vereinigten Staaten und Deutschland beherrschen zurzeit fast den ganzen Filmmarkt der Welt, während Großbritannien fieberhaft Anstrengungen macht, sich wenigstens den Vertrieb von Filmen in Indien zu sichern und

Verzeichnis der Jubilare
des Verbandes bis Ende 1926
5. Nachtrag

Name	Beruf	Geburtsdatum	Organisiert seit
Ortsverein Heilbronn.			
Ernst Schelling	Brauer	15. 3.82	14. 4.1901
Ortsverein Jena.			
Wilhelm Reiprich	Böttcher	5.10.69	12. 3.1896
Ortsverein Mainz-Wiesbaden.			
Simon Viering	Brauer	4. 4.72	13.10.1897
Andreas Schmitt	Brauer	6.11.70	13. 6.1898
Seb. Aug. Ebert	Maschinist	27. 8.78	1. 9.1900
Albert Frohberg	Brauer	27. 3.78	5. 3.1901
Josef Kamseder	Brauer	19. 3.81	5. 3.1901
Georg Hofmann	Küfer	6. 6.77	2. 6.1901
Josef Aschenbrenner	Kellermstr.	5.10.76	1. 7.1901
Wolfg. Greisinger	Brauer	26.10.76	3. 3.1901
Michael Niebler	Brauer	1. 8.73	19.10.1901

Die Arbeitslosenversicherung.

II.

Der Streit um die Trägerschaft.

Bei den bisherigen Debatten über eine Arbeitslosenversicherung stand die Frage der Trägerschaft und Verwaltung immer im Vordergrund. Einmütigkeit herrscht, abgesehen von den bürgerlichen Angestelltenverbänden, darüber, daß die Arbeitslosenversicherung ganz eng mit der Arbeitsvermittlung und ihren Nebengebieten (Berufsberatung, Umschulung usw.) verbunden sein muß. Aber über die Organisation sebst gehen die Auffassungen sehr weit auseinander.

Die freien Gewerkschaften verlangen für die Versicherung und damit künftig für den öffentlichen Arbeitsnachweis den entscheidenden Einfluß der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, also der Versicherten und ihrer Arbeitgeber, in einer straff durchorganisierten örtlichen, bezirklichen und zentralen Organisation — die Unternehmer wollen wohl eine starke Mitbeteiligung der Wirtschaft, jedoch soll der entscheidende Einfluß bei der Staatsverwaltung (unter Ausschluß der Gemeindeverwaltung) liegen. — Die kommunalen Verwaltungen wünschen wiederum ein entscheidendes Uebergewicht der kommunalen Verwaltung. — Die Länderregierungen wünschen ihren entscheidenden Einfluß sichergestellt zu sehen.

Der vorliegende Regierungsentwurf laviert zwischen den drei letzten Auffassungen. Er sucht den Einfluß der wirtschaftlichen Selbstverwaltung vorzutäuschen, ohne ihn zu verwirklichen. Er gibt den Länderregierungen weitgehenden, ja vielleicht entscheidenden Einfluß und wagt andererseits nicht den öffentlichen Arbeitsnachweis, das Fundament der Versicherungsorganisation, von der Gemeindeverwaltung loszulösen. So kann der Entwurf niemanden befriedigen.

Nach dem Entwurf bilden die Landesarbeitslosenkassen das wichtigste Organ der Versicherung; sie sind ihr rechtsfähiger Träger. Diese Landesarbeitslosenkassen führen insofern ein Eigenleben, als sie nicht etwa Unterglieder eines Zentralkörpers sind, sondern nur der Aufsicht des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung unterstehen. Ihr Bezirk soll sich mit den Bezirken der Landesarbeitsämter decken, doch sollen die obersten Landesbehörden (mit Zustimmung des RAM.) die Bezirke ändern können. Da sich bis auf Preußen die Bezirke der übrigen Landesarbeitsämter jeweils mit dem Gebiet der größeren Bundesstaaten decken, würde Preußen seine derzeitigen zehn Bezirke zu einem machen und ein eigenes Landesarbeitsamt errichten. Dadurch würden sich dann künftig die Bezirke der Landesarbeitslosenkassen mit den Ländern (bis auf die kleineren Staaten) decken. Da das Reichsamt die Aufsicht im „Benehmen mit der obersten Landesbehörde" ausüben soll, wäre nach allen bisherigen Erfahrungen tatsächlich die Arbeitslosenversicherung uneingeschränkt an die Länderregierungen ausgeliefert. So wenig die Landesarbeitslosenkassen einen logischen Oberbau haben, so wenig haben sie einen festen Unterbau, denn die lokalen Arbeitsämter sind nicht etwa ihr Organ, sondern diesen liegt nur die „Mitwirkung bei der Arbeitslosenversicherung" ob. Sie bleiben, was sie sind: Verwaltungsorgane der Gemeinden. Zwar führen die Landesarbeitslosenkassen (soweit es die Versicherung betrifft) die Aufsicht, aber wieder im Benehmen mit den Gemeindeaufsichtsbehörden. Auch hier wieder die nur deutschpartikularistischen Bureaukraten faßbare verrückte Aufsichtsform, erfunden um das Uebergewicht der Staatsbureaukratie zu sichern und doch zu tun, als ob die Landesarbeitslosenkassen etwas zu sagen hätten.

Die Landesarbeitslosenkassen sind nach dem Entwurf eine Verwaltung ohne verwaltende Befugnisse. Sie haben einen Ausschuß und einen Vorstand, nur leider keinen Verwaltungsapparat, der die Funktionen von Vorstand und Ausschuß durchführt. Der Apparat bleibt in den Händen des Landesarbeitsamtes, das neben der Arbeitslosenkasse lustig weiter leben soll. Und so bilden denn auch Vorsitzender und Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzer des Landesarbeitsamtes den Vorstand und den Ausschuß der Landesarbeitslosenkasse. Diese Konstruktion, von der Böswillige behaupten, sie sei gewählt, damit einige wenige Labyrinthkundige dickleibige Kommentare schreiben können, ist unmöglich. Die Landesarbeitslosenkasse soll für ihre Amtsführung auf den Apparat des Landesarbeitsamtes zurückgreifen und findet dabei einen Apparat, der der Selbstverwaltung so ähnlich sieht, wie die Maus dem Elefanten. Das Landesarbeitsamt ist bald (in Preußen) der Provinzialverwaltung, bald der Landesverwaltung unmittelbar angegliedert und dienstlich unterstellt, und nur in zwei Fällen ein selbständiges Amt. Demgemäß sind auch die Beschäftigten weit überwiegend Beamte der Provinz oder des Landes. Nur selten ist einmal ein nicht im Beamtentrott erzogener Wirtschaftsmensch als Konzessionsschulze in dieses Amt genommen. Aber obendrein untersteht dieser Apparat der unmittelbaren Dienstaufsicht der Landes- resp. Provinzbehörde. Er hat also mit Selbstverwaltung der Wirtschaft nichts gemein. Lediglich Vorstand und Ausschuß sind gebildet aus den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Letztere haben jedoch keinen Einfluß auf die Wahl des Vorsitzenden. Der neueste Entwurf bringt sogar auch hier noch weitere Verschlechterungen. Nach dem früheren Entwurf sollte der Vorstand von den Arbeitnehmer- resp. Arbeitgeberbeisitzern des Landesarbeitsamtes gewählt werden. Der neue Entwurf will, daß die Vorstandsmitglieder auf Grund gesonderter Vorschlagslisten vom Vorsitzenden bestellt werden. Ist auch der Vorsitzende an die Reihenfolge der Listen gebunden, so bleibt doch die „Bestellung" eine weitere schwere Brüskierung der Wirtschaft. Der Vorstand soll neben dem von der Landesbehörde aufoktroyierten Vorsitzenden aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen. Von den Arbeitnehmern soll mindestens einer ein Angestellter sein. Der frühere Entwurf kennt diese letztere Einschränkung nicht. Wir müssen uns mit aller Schärfe gegen dieses Vorrecht der Angestellten wenden. Innerhalb der Versicherung sind ihre Interessen keine anderen als die aller übrigen Arbeitnehmer. Glaubt die Regierung besonderen Berufseigentümlichkeiten Rechnung tragen zu sollen, warum denn nicht auch bei den Landarbeitern, den Hausangestellten, den Seeleuten und vor allem den Arbeiterinnen? Ueberall bestehen Eigenarten des Berufs usw. in mindestens gleichem Ausmaß wie bei den Angestellten. Will man letzteren eine Extrawurst braten, dann dürfen die übrigen Gruppen nicht leer ausgehen. Solche Sonderbestimmung würde natürlich den Vorstand viel zu umfangreich werden lassen und die große Masse der Industriearbeiter von der Vertretung im Vorstand zugunsten kleiner Gruppen ausschließen.

Der Verwaltungsaufbau des Entwurfs ist für die freien Gewerkschaften unmöglich, weil er nur das Zerrbild einer Selbstverwaltung ist. Sie fordern wirkliche Selbstverwaltung. Sie wollen Versicherung und Arbeitsnachweis in den Dienst einer systematischen Arbeitsmarktpolitik stellen. Beides soll daher Organ der Wirtschaft selbst sein, weil nur so die bestehenden großen wirtschaftlichen Mängel behoben werden können. Die Gewerkschaften haben in ihren Vorschlägen an den Reichswirtschaftsrat einen praktischen Weg gewiesen.

Danach soll Arbeitsnachweis und Versicherung zu einem ganz einheitlichen Organ verschmolzen werden. Träger würde ein Reichsarbeitsamt sein. Dieses wird untergliedert in Landesarbeitsämter, letztere wiederum in Bezirksarbeitsämter. Die bestehenden Arbeitsämter sind zu leistungsfähigen Bezirksarbeitsämtern zusammenzulegen, an deren Spitze ein Ausschuß und ein Vorstand stehen. Letztere bestehen zu gleichen Teilen aus Vertretern der Arbeitnehmer, der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften. Diese Konstruktion ist gewählt, um in der Verwaltung neben den Wirtschaftsvertretern auch die öffentlichen Behörden genügend zu Wort kommen zu lassen und um das Bedenken auszuräumen, daß eine nur auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gestellte Verwaltung gelegentlich den nötigen Ausgleich im Meinungskampf nicht finden werde. So werden die mit einem Drittel der Stimmen beteiligten öffentlichen Körperschaften das neutrale und ausgleichende Element im Verwaltungsrat bilden. Der geschäftsführende Vorsitzende soll auf Vorschlag des Vorstandes des Bezirksarbeitsamtes vom Vorstand des Landesarbeitsamtes bestellt werden. Die Leitung des Landesarbeitsamtes wäre analog zu bilden: Vorstand zu je einem Drittel bestehend aus Vertretern der Arbeitgeber, Arbeitnehmer und öffentlichen Körperschaften (hier Provinz oder Land), der geschäftsführende Vorsitzende bestellt auf Vorschlag des Vorstandes des Landesarbeitsamtes vom Vorstand des Reichsarbeitsamtes. Dieser letztere, gleichfalls aus Vertretern der drei Gruppen zusammengesetzt, würde seinen Vorsitzenden durch Ernennung seitens der Regierung erhalten. Die Dienstaufsicht über die Landesämter übt der Vorstand des Reichsamtes, die Dienstaufsicht über die Bezirksämter die Vorstände der Landesämter. Der Verwaltungsapparat in seiner ganzen Gliederung ist selbständig und von den Landes- resp. Gemeindebehörden völlig losgelöst. Ueber Geschäftsführung und Zusammenstellung des Personals entscheiden die Vorstände.

Nur so läßt sich die wirtschaftliche Selbstverwaltung wirkungsvoll mit dem Einfluß der öffentlichen Körperschaften verbinden. Jede Konstruktion, die die amtführenden Organe Teile der Behörden (Land, Provinz oder Gemeinde) sein läßt, macht die wirtschaftliche Verwaltung zu einem bloßen Schlagwort. Der Entwurf der Regierung begnügt sich hinter dem Trugbild einer Selbstverwaltung der Wirtschaft einzig die Lasten aufzuerlegen. Außer dem Unterstützungsaufwand sollen zwei Drittel der Kosten der öffentlichen Arbeitsämter und der Landesarbeitsämter aus den Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gedeckt werden. Aber eine diesen Lasten entsprechende Mitwirkung der Beitragsträger lehnt der Entwurf ab.

So geht es nicht!

Der Gewerkschaftsvorschlag wird insbesondere von den Vertretern der Kommunalverwaltung stark bekämpft. Sie verlangen, daß sowohl Arbeitsnachweis wie Versicherung Teile des Verwaltungsorganismus der Gemeinde sein sollen. Es wird verwiesen auf die vielfachen Berührungen zwischen Arbeitslosenversicherung und gemeindlicher Wohlfahrtspflege, zwischen Arbeitsnachweis und fürsorgerischem Wirken für die Bevölkerungsgruppen, die nicht der Versicherung unterstehen, zwischen Berufsberatung und Jugendpflege. Verwiesen wird auch auf die Zweckmäßigkeit, die Arbeitsvermittlung zu neutralisieren. Ohne Zweifel lassen sich diese Einwände nicht mit einer einfachen Handbewegung abtun. Aber entscheidend muß sein, daß die künftige Verwaltungsform die Versicherung unter eine starke Selbstverwaltung der Beitragsträger stellt. Niemand kann uns zumuten, die Kosten zu tragen, aber zugunsten einer unbeeinflußbaren Bureaukratie mit ihrem Beamtenapparat von der Verwaltung ausgeschlossen zu sein. Niemand kann uns zumuten, uns selbst mit einer Scheinselbstverwaltung zu betrügen. Aber bietet denn der in der Gemeindeverwaltung eingeschlossene öffentliche Arbeitsnachweis Garantie für ein Funktionieren der Versicherung? Gerade der Mißbrauch, den zahlreiche Gemeinden heute mit der Erwerbslosenfürsorge treiben, zeigt, daß trotz aller staatlichen Dienstaufsicht diese Organisation in außerordentlich vielen Fällen unzweckmäßig ist. Niemand, der tiefer in die Dinge hineinsieht, kann leugnen, daß zahlreiche öffentliche Arbeitsnachweise nur in der Theorie Arbeitsvermittlung treiben, daß sie bloße Stempelstellen für die Erwerbslosen, und oft dieses noch nicht einmal sind. Sie haben ihre wirtschaftliche Funktion nicht erfüllt. Sie versagten nicht zuletzt darum, weil ihre enge Verbundenheit mit der Gemeindeverwaltung sie nicht zum ersprießlichen Wirken kommen ließ, durch unheilvoll törichte engherzige Leitung und durch systematisches Fernhalten des Einflusses der Wirtschaftsvertreter. Gerade weil die Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung systematisieren wollen, nicht verbandsegoistischer Ziele wegen, sondern um der Gesamtwirtschaft und eines möglichst zweckvollen Arbeitslosenschutzes wegen, muß der Arbeitsnachweis noch außerordentlich ausgebaut werden. Es darf nicht Wohlfahrtseinrichtung sein, die nach Bettelsuppen schmeckt, sondern muß Wirtschaftsinstrument sein.

Nur dadurch werden wir den starken Anforderungen, die der Arbeitsmarkt infolge Standortsverschiebungen, beruflichen und bezirklichen Umgruppierungen usw. stellt, möglichst weitgehend gerecht. Aber wer dieses Ziel erreichen will, muß sich klar sein, daß es nur unter der allerlebendigsten Mitarbeit der Wirtschaft — Arbeitgeber und Arbeitnehmer — und unter Abwehr einer störenden Bureaukratie erreicht werden kann.

---

das ganze Land mit allem Material zu versorgen, bevor sich die Konkurrenz meldet. „Nur eine höhere Gewalt", schrieb kürzlich ein Amerikaner, „kann den Siegeszug des Lichtbildes aufhalten." „Der Kinematograph" ist der größte Angriff gegen die Unwissenheit, den die Welt je erlebt hat". Bei sorgfältig ausgewählten Gruppen von Kindern vorgenommene Erhebungen zeigen, daß in Amerika jene Kinder, denen im Unterricht der Film zugute kommt, sich durchschnittlich mit 74,5 Punkten klassierten, während die anderen Kinder durchschnittlich nur 61,3 Punkte erreichten. „Der Film", sagt ein amerikanischer Fachmann, „wird bald ein anerkanntes Hilfsmittel jeder gut eingerichteten und organisierten Erziehungsinstitution sein."

Was für die Erziehung im allgemeinen gilt, gilt natürlich auch für die Arbeiterbildung. Man wird sich immer mehr darüber klar, daß der Film ein gewaltiges Instrument zur Erziehung der Massen sein kann. Speziell in Deutschland spielt der Film auf dem Gebiete der Arbeiterbildung bereits eine große Rolle, besonders in großen Klassen und abgelegenen ländlichen Distrikten. Leider muß jedoch gesagt werden, daß im allgemeinen der Film zurzeit vor allem noch dem Nationalismus und Militarismus dient, speziell in Deutschland, dem zweitgrößten Filmproduzenten. Eine vom Organ der österreichischen Arbeiterbildungszentrale aufgestellte Liste zeigt, daß die Zahl der deutschen Films, die den direkten Zweck der Förderung des Militarismus haben, außerordentlich groß ist. In Großbritannien wies kürzlich der „Daily Herald" darauf hin, daß der Film „The Angels at Mons" direkt zu Rekrutierungszwecken verwendet wurde. Aehnliche Feststellungen könnten für andere Länder angeführt werden. Ueberall wird versucht, das Volk mit Hilfe von Films für Krieg und Imperialismus zu begeistern.

In einigen Ländern sind Ansätze vorhanden, diesen Einflüssen entgegenzuwirken und den Kinematographen direkt in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. So ist die österreichische Arbeiterbildungszentrale bestrebt, sich ein Lager guter Films zu schaffen, wie auch in ihrem Organ alle neuen Films systematisch vermeldet und kritisch beleuchtet werden. Die Zentrale stellte im Jahre 1924/1925 nicht weniger als 1189 Films zur Verfügung, von denen 848 in der Provinz und 27 sogar in fremden Ländern aufgeführt wurden. Der erste dieser Films ist ein Propagandafilm der Wiener Arbeiterpartei. In bezug auf die Herstellung spezieller Films für die Arbeiterklasse muß Deutschland als Pionier genannt werden. Seine Bestrebungen wurden allerdings durch die Inflation zunächst beeinträchtigt, nachdem nun jedoch die finanziellen Sorgen ein wenig nachgelassen haben, wird ohne Zweifel die Tätigkeit auf diesem Gebiete mit erneuter Energie wieder aufgenommen werden. In der Schweiz liegen die Dinge so, daß die Arbeiterbildungszentrale damit rechnet, in nicht allzu ferner Zukunft mit der Institution „Schweizerisches Schul- und Volkskino" in Bern zusammenarbeiten zu können. Auch Holland muß in diesem Zusammenhang besonders genannt werden. Trotzdem die holländische Bildungszentrale erst im Jahre 1924 errichtet wurde, verfügt sie bereits heute über eine guteingerichtete Filmabteilung. Die Zentrale ging so vor, daß sie ein Auto speziell für die Erzeugung der nötigen elektrischen Stromstärken herrichten ließ und nun mit diesem „Roten Wagen" im ganzen Land herumfährt und große Propagandafilms vorführt. Der Erfolg ist so groß, daß wahrscheinlich für das Jahr 1926 nur ein sehr geringes Defizit zu verzeichnen sein wird.

In Amerika, dem Mutterlande des Films, ist leider bis jetzt sehr wenig getan worden, um diese Erfindung in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. Gefilmt wurde bis jetzt für Propagandazwecke das „Brookwood Kollege", die einzige Internatsarbeiterschule Amerikas. Ferner hat der Amerikanische Gewerkschaftsbund für die Aufnahme und Verbreitung eines großen Arbeiterfilms Sorge getragen. Endlich wird den Referenten bei Vorträgen die Verwendung des Films anempfohlen. In Großbritannien führte der Verband der Postangestellten vor zwei oder drei Jahren einen Film auf, in dem das Leben der PTT.-Angestellten dargestellt wird. Dies ist jedoch nur ein vereinzelter Versuch: im allgemeinen dient der Film auch in Großbritannien vorwiegend imperialistischen Zwecken. In Belgien und in den skandinavischen Ländern ist dem Film als Erziehungsmittel bis jetzt wenig Aufmerksamkeit geschenkt worden.

Es darf wohl der Hoffnung Ausdruck gegeben werden, daß die Arbeiterschaft und ihre Führer sich mit der Zeit immer mehr von der Wichtigkeit des Films als Erziehungsmittel überzeugen und auch alles tun werden, um selber auf diesem Gebiete Neues zu schaffen. Endlich soll alles getan werden, um die Arbeiterschaft über den Wert und den Zweck der überall laufenden Films zu unterrichten. Auf diese Weise soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß mit der Aufführung vieler Films oft ein Zweck verfolgt wird, gegen dessen schädliche Einwirkung man nur Front machen kann, wenn man sich über die verfolgte Absicht auch wirklich klar ist.

Geld.

Jede moderne Volkswirtschaft ruht auf den beiden Grundfesten Gütererzeugung und Güterverbrauch oder, wie die Fachausdrücke dafür lauten, auf Produktion und Konsum. Wenn genug Güter erzeugt und genug verbraucht werden, dürften Stockungen im Wirtschaftsablauf kaum eintreten. Dem ist aber nicht so, denn zwischen der Produktion und dem Verbrauch liegt jener Wirtschaftsfaktor, der beide zusammenbringen muß, der Verkehr. Nicht an Eisenbahnen, Schiffe oder sonstige Transportmittel wollen wir dabei denken; sondern das wichtigste Verkehrsmittel ist das Geld. Stockungen oder anormale Verhältnisse auf dem Geldmarkte wirken innerhalb des Wirtschaftssystems, in dem wir leben, in hohem Grade störend und beeinflussen die Lage des Konsumenten, besonders des Arbeiters, sehr ungünstig. Die folgende kurze Betrachtung des Geldmarktes in seinen Beziehungen zur Lebenshaltung des Arbeiters mag das beweisen.

Die deutsche Güterproduktion hat im allgemeinen den Stand von 1913 erreicht, teilweise sogar überschritten. Die Erzeugung von Kohle, Kali, Stahl, Walzwerkprodukten hat den Stand des letzten Vorkriegsjahres hinter sich gelassen. In vielen anderen Industriezweigen liegen die Verhältnisse ähnlich. Dem steht gegenüber der Konsum, der bei weitem nicht befriedigt werden kann. Der Bedarf nicht nur an Wohnungen, Kleidung, Transportmitteln ist außerordentlich groß, sondern selbst die notwendigsten Lebensbedürfnisse wie Essen und Trinken können nur teilweise befriedigt werden. Von einer Sättigung des Marktes kann in keiner Beziehung gesprochen werden, sondern all diese Bedürfnisse bleiben unbefriedigt, weil den großen Konsumentenschichten die Kaufkraft fehlt. Hier abzuhelfen ist möglich durch Preissenkungen und da diese eben nicht eintreten, durch vermehrte Zuwendung von Geld an die Arbeiterschaft durch Lohnerhöhungen.

Erste Vorfrage: Verfügt die deutsche Wirtschaft über genügend Zahlungsmittel, um diese Uebertragung überhaupt zu ermöglichen? Ja, denn nach dem letzten Reichsbankausweis sind heute zirka 5,5 Milliarden Zahlungsmittel im Umlauf gegen 6 Milliarden im Durchschnitt des Jahres 1913. Die Differenz ist unbedeutend. Wenn also genug Geld in der deutschen Wirtschaft ist, also keine „Blutarmut" herrscht, so liegen die Stockungen eben daran, daß sich das Geld nicht an den richtigen Stellen befindet; nicht dort, wo es der Wirtschaft zugute kommen kann. Ueber das heute in der Wirtschaft vorhandene Geld, das nicht durch fruchtbaren Umlauf die Wirtschaft belebt, verfügen in erster Linie Schwerindustrie und Banken.

Die deutsche Schwerindustrie hat, hervorgerufen durch den englischen Bergarbeiterstreik und erfolgte Belebung des Inlandmarktes, große Gewinne gemacht, die sich noch durch Rationalisierungserfolge bedeutend vergrößerten. Letzteres trifft gewiß nicht auf alle Betriebe, wohl aber auf die meisten zu. Die mit großer Produktionsverbilligung arbeitenden Unternehmer aber denken gar nicht daran, nunmehr durch Preisverbilligung ihre Gewinne schmälern zu lassen. Im Kartell werden die Preise nach dem rückständigen Betriebe festgesetzt. Die in ihren Methoden fortgeschrittenen Unternehmungen dagegen verwenden ihre Gewinne zu unfruchtbaren Spekulationen. „Früher legte man Kohlen auf Halden, heute Effekten", ist an der Börse schon sprichwörtlich geworden. Um die Mannesmannröhrenwerke tobt der Kampf. Thyssen und Otto Wolf sollen als Hauptkäufer in Frage kommen. Auch die mitteldeutschen Stahlwerke stehen im Brennpunkte der Käufe, ähnlich wie das Großschiffahrtsunternehmen Hamburg-Süd. Mit den Gewinnen der letzten Monate also werden schwunghaft Aktien gehandelt. Und die Folge ist, daß die dadurch künstlich gesteigerte Haussebewegung an der Börse nicht enden will. Die Gewerkschaften haben hier die Aufgabe, das „Blut der Wirtschaft" in andere Bahnen zu lenken. In Bahnen, wo es dem Wirtschaftskörper wirklich nützt und nicht nur einseitig Auswüchse fördert. Die Arbeiterschaft mag sich auf ihre Kraft besinnen und durch Gewerkschaftsarbeit hier Wandel schaffen.

Was tun die großen Geldreservoire, die Banken, zur Behebung der augenblicklichen Wirtschaftsschwierigkeiten? Grade sie sollen jetzt jene Industriezweige, die nicht eine so gute Zeit wie die Schwerindustrie hinter sich haben, durch erleichterte Kreditgewährungen stützen, um so einen Ausgleich zu schaffen. Die mittlere und kleinere Industrie ist ihnen oder als Kunde nicht sicher genug. Die Banken haben ihre Vorsichtsmaßregeln aus der Zeit unmittelbar nach der Inflation beibehalten. Da das Geld aber irgendwie Verwendung finden muß, werden auch von ihnen unfruchtbare Spekulationen damit finanziert. Es gibt also in Deutschland billiges Geld, aber nur teures Kapital. Die Zinssätze für kurzfristige Kredite sinken unter die von London und New York, und deutsches Geld wird wieder im Ausland angelegt, denn es ist billig. Im Inlande dagegen seufzen wir unter den Auswirkungen der Wirtschaftskrise.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion versuchte diesem Widersinn in etwas zu steuern, indem erhöhte Besteuerung der Börsengewinne gefordert wurde. Die Anträge aber, wonach dem Staate namhafte Geldbeträge zu zweckmäßiger Verwendung zugeflossen wären, fanden im Parlament keine Gegenliebe. Hier ist ein Wandel nur durch gewerkschaftliche Selbsthilfe möglich, denn das Geld als Zirkulationsmittel erfüllt seinen Zweck nur, wenn es den Konsum und damit auch die Produktion wieder beleben kann. Das aber hängt ab von den lohnpolitischen Erfolgen der Arbeitnehmer, die nur von starken Gewerkschaften erreicht werden können.

Bewegung und Beruf.

Weitere Abnehmer der Malzfabrik Otto, Hildesheim:

Brauerei Baumgarten, Holzminden; Brauerei Hohenfelde, Bergedorf i. Holst.; Brauerei Tannenbaum, Lippstadt; Vereinigte Brauereien Arendsee i. d. Altm.; Städtische Brauerei St. Andreasberg; Städtische Brauerei Goslar; Brauerei Kreleler, Höxter; Städtische Brauerei Clausthal; Brauerei Heindl, Würzburg; Hofbräu-Heyer-Brauerei, Oldenburg i. Oldenburg; Städtische Brauerei Einbeck.

Berichte.

Bremen. Die Generalversammlung am 16. Januar war gut besucht. Der Hauptpunkt war: 10 Pf. Beitragserhöhung für den Saalbau des neuen Gewerkschaftshauses. Hierzu war als Referent der Syndikus der Arbeiterkammer, Genosse E. Sommer, vorgesehen. Am Jahresbericht selbst übte niemand Kritik, um so mehr an dem ganzen Unterstützungswesen und an den hohen Beiträgen. Von der äußersten Linken wurde besonders betont, die Gewerkschaften sollten keine Unterstützungsvereine sein und verlangt, daß die Beiträge mehr zu Kampfzwecken verwendet werden sollten. Ein seit zwei Tagen organisierter Kollege sprach den Gewerkschaftsführern und dem ADGB. jede Fühlungnahme mit den Arbeitslosen ab und verlangte zugunsten derer, von den Gewerkschaften die Einführung der 42-Stunden-Woche mit entsprechender Lohnerhöhung. Ein Antrag, den bisherigen Vorstand per Akklamation wiederzuwählen, wurde mit übergroßer Mehrheit angenommen. — Nunmehr legte Genosse Sommer die finanzielle Seite des neuen Gewerkschaftshauses dar. Das Gewerkschaftshaus als solches sei finanziell gesichert, es handle sich hier nur um den Saalbau. Ein Gewerkschaftshaus ohne einen Saal sei ein Unding, hierzu seien noch 600 000 RM. erforderlich. Die letzte Kartellsitzung habe deshalb auch einstimmig (ausgenommen einige Stimmenthaltungen, welche in ihren Versammlungen noch keine Stellung dazu genommen hätten) beschlossen, das Lotteriewesen und sonstige Geldsammlungen einzustellen und dafür 10 Pf. resp. 5 Pf. für Weibliche und Jugendliche Extrabeitrag pro Woche einzuführen, und zwar ab 1. März 1927. Von Vorstandsseite aus wurde der Antrag eingebracht, sich ebenfalls diesem Beschluß zu fügen. Um jedoch unseren Kollegen eine bestimmte Zeit zur Informierung aller Mitglieder zu ermöglichen, soll dieser Extrabeitrag vom 1. April an erhoben werden. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher die Oppositionsredner nicht direkt gegen das ganze Haus, sondern nur gegen die 10 Pf. sprachen, wurde schließlich bei stark gelichtetem Hause der Antrag mit schwacher Mehrheit abgelehnt und haben wir uns somit jedenfalls außerhalb des Kartells gestellt.

Kottbus. In der Generalversammlung am 13. Januar gedachte der Vorsitzende Kollege Hoffmann des verstorbenen Kollegen und Mitbegründers unseres Verbandes Hermann Käppler. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß die Tätigkeit des Verbandes eine recht rege gewesen ist. Auch die Mitgliederzahl ist wieder gestiegen. Die guten Kassenverhältnisse sind auf das Konto des immer auf dem Posten gewesenen Kassierers zu verbuchen. Dem Vorstand wird Entlastung erteilt, der auch einstimmig wiedergewählt wird. Gauleiter Kollege Junghans (Berlin) hielt dann der gutbesuchten Versammlung einen Vortrag über Zweck und Ziel unserer Organisation. Der Achtstundentag soll noch erkämpft werden. Redner fordert die Kollegen auf, treu zur Organisation zu halten, denn nur dadurch ist es möglich, die größte Not des Arbeiters zu lindern.

Sigmaringen. Am 16. Januar wurde die Generalversammlung unter zahlreicher Beteiligung abgehalten. Der Vorsitzende gedachte eingangs unseres treuen Vorkämpfers Hermann Käppler, der unermüdlich, trotz Geld- und Gefängnisstrafen, seine ganze Kraft der Organisation widmete. Die Abrechnung wurde für richtig erklärt und der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende dankte für das Vertrauen, gab einen kurzen Rückblick über das verflossene Geschäftsjahr und dankte allen, die mitgeholfen haben, die Organisation zu fördern, und sprach die Hoffnung aus, daß sie auch 1927 mit gleicher Kraft und Liebe für die Organisation arbeiten nach dem Grundsatz: einer für alle und alle für einen.

Wehlau. Am 16. Januar fand im Vereinslokal bei Neumann die Generalversammlung statt. Eingangs wurde unser verstorbener zweiter Vorsitzender, Kollege Käppler, durch Erheben von den Sitzen geehrt. Der Vorsitzende, Kollege Neumann, gab dann einen Bericht vom verflossenen Geschäftsjahr, welches sich nicht immer die Zufriedenheit der Kollegen erwerben konnte. Den Kassenbericht gab Kassierer, Kollege Trampenau, welcher ausführte, daß das verflossene Geschäftsjahr sehr reich an Arbeit und Mühe gewesen ist, und die Kollegen zum festeren Zusammenhalt ermahnte. Ihm wurde Entlastung erteilt. Nach der Neuwahl des Vorstandes beschäftigte sich die Versammlung mit der Anregung des hiesigen Gewerkschaftskartells, in Wehlau ein Gewerkschaftshaus zu bauen. Dazu soll jeder Kollege monatlich 20 Pf. Extrabeitrag zahlen, welcher in 10 Jahren die Summe von 10 000 Mk. zusammenbringen soll. Dieses Geld soll in Königsberg auf die Arbeiter- und Beamtenbank gegeben werden. Diesem Antrag wurde zugestimmt. Bekanntgegeben wurde, daß in nächster Zeit der Film Freies Volk im Uraniatheater von Karpowski hier laufen wird. Der neugewählte erste Vorsitzende, Kollege Otto Bisch, schloß mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Rundschau.

Otto Freytag †.

Der langjährige Hauptkassierer Otto Freytag des Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbandes verschied infolge eines Schlaganfalls am 1. Februar im Lebensalter von 59 Jahren. Der Tod dieses allzeit pflichtbewußten und gewissenhaften Mitarbeiters bedeutet für diese gewerkschaftliche Organisation einen herben Verlust. 1910 wählte ihn der Verbandstag zum Hauptkassierer. Diesem großen verantwortungsvollen Vertrauensposten stand er mit selten zu übertreffender Korrektheit und dankbar größtem Pflichteifer vor.

Wer war in englischer Gefangenschaft?

Die englische Regierung hat der deutschen Regierung die erste Rate von 200 000 Pfund überwiesen zur Bezahlung der Guthaben an die ehemaligen deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Dies ist ungefähr der vierte Teil der ganzen Summe, die die englische Regierung zur Verfügung zu stellen beabsichtigt. Diese Guthaben sind eine Art Regelung der Entlohnung der Kriegsgefangenen, die auch von Deutschland getroffen wurde. Alle Personen, welche sich in englischer Gefangenschaft auf britischem oder französischem Boden befunden haben, bzw. deren Erben, auch wenn sie bereits ihr Guthaben ganz oder teilweise in Papiermark erhalten haben, werden aufgefordert, der „Restverwaltung für Reichsaufgaben", Berlin W 9, Königgrätzer Str. 122, folgende Angaben zu machen: „Betr. Englisches Guthaben. Vor- und Zuname, genaue Adresse, Geburtstag, letzter deutscher Truppenteil zur Zeit der Gefangennahme, Nummer der englischen Gefangenenkompagnie bzw. Depot- oder Lagerbezeichnung." Erben verstorbener Heimkehrer haben außerdem eine amtliche Bescheinigung über ihre Erbberechtigung beizubringen. Jeder weitere Zusatz ist zwecklos. Die Auszahlung der Guthaben erfolgt nach der Reihenfolge der Eingänge der Anträge durch die Post.

Bisher haben sich erst rund 20 000 ehemalige englische Kriegsgefangene gemeldet. Gewerkschaftskollegen, die in Gefangenschaft waren, sollten im eigenen Interesse die nötigen Schritte sofort tun.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung" Berlin NW 40, Reichstagsufer 3. Fernsprecher: Hansa 4934.

7. Beitragswoche vom 6 bis 12. Februar

Genehmigte Lokalbeiträge.

Breslau. Bei einem Verbandsbeitrag bis 65 Pf.: 15 Pf., bis 85 Pf.: 20 Pf., bis 2 Mk.: 25 Pf., über 2 Mk.: 50 Pf. pro Woche. Falkenstein. 10 Pf. ab 1. Woche. Calbe. 15 Pf. ab 6. Woche, für Frauen und Jugendliche 10 Pf.

Achtung.

Wegen eines Rentenverfahrens ersuchen wir um die Adresse des Brauers **A. Hirschmann**, der sich wahrscheinlich auf Wanderschaft befindet. Er möge seine Adresse an Wilhelm Moshammer, Augsburg, Gewerkschaftshaus, einsenden.

Ausschluß:

Aus dem Verband ausgeschlossen wurden auf Antrag des Ortsvereins Haynau i. Schl.: Reinhold Winter, Buchnummer 244 948; auf Antrag des Ortsvereins Hamburg: Martin Bick; auf Antrag des Ortsvereins Rostock: Hans Krauß, Buchnummer 223 503; auf Antrag des Ortsvereins Bochum: Albert Krasel, Buchnummer 194 923.

Der Verbandsvorstand.

Eingänge der Hauptkasse.

vom 31. Januar bis 5. Februar.

(Postscheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079, Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin NW 40.)

Berlin 490,40. Aachen 671,44. Koburg 409,50. Lüneburg 325,05. Wolfach 3,—. Wend.-Buchholz 35,40. Berlin 12,— und 211,50. Ulm 2341,75. Eilenburg 147,82. Ilmenau 61,60. Neubrandenburg 150,—. Solingen 1268,08. Waldenburg 100,—. Duisburg 3,—. Berlin 300,— und 206,80. Rostock 126,—. Berlin 490,40 und 141,—. Bamberg 300,—. Crimmitschau 179,93. Frankenhausen 40,—. Hildesheim 239,—. Lauterbach 21,40. Meiningen 200,—. Neisse 236,70. Pritzwalk 53,45. Schwiebus 179,—. Straubing 200,—. Waren 25,—. Wernigerode 200,—. Magdeburg 54,90. Breslau 1871,45. Hamburg 7058,35. Harburg 400,—. Heilbronn 55,37. Hof 1200,—. Radolfzell 597,20. Siegen 167,90. München 27,80. Berlin 112,80 und 1030,80 und 9,89 und 50,— und 144,—. Bielefeld 1,—. Halle 700,—. Chemnitz 800,—. Oranienburg 3,20. Koblenz 1000,—. Cöthen 200,—. Dessau 1000,—. Pößneck 269,20. Rötha 100,—. Rosenheim 250,—. Breslau 81,—. Dortmund 17,40. Leipzig 18,10. Würzburg 17,40. Berlin 525,40. Bremen 1000,—. Löwenberg 150,—. Weimar 150,—. Regensburg 19,20. Königsberg 4,50. Waldkirch 21,60. Hanau 37,80.

Ortsverein Mainz, Wiesbaden u. Umgegend.

Im Jahre 1926 wurden uns noch folgende Kollegen durch den Tod entrissen:

Gustav Neumüller, Küfer, Schöfferhof-Brauerei.
Josef Kübler, Hilfsarbeiter, Bären-Brauerei.

Ehre ihrem Andenken!

Sterbetafel des Ortsvereins Stuttgart.

Im Jahre 1926 wurden uns folgende Kollegen durch den Tod entrissen:

Gottlieb Epple, Brauerei Englischer Garten.
Gottlieb Leitenberger, Brauerei Leicht.
Konstantin Joos, Brauerei Englischer Garten.
Albert Friedrich, Brauerei Leicht.
Michael Kreuzberger, Brauerei Englischer Garten.
Friedrich Rotfuß, Brauerei Dinkelacker.
Ferdinand Rudolph, Faßfabrik Diener & Roth.
Christian Keck, Brauerei Leicht.
Friedrich Gock, Brauerei Leicht.
Johann Fecht, Brauerei Wulle.
Johann Gunz, Brauerei Dinkelacker.
Michael Scherer, Brauerei Englischer Garten.
Adolf Tittel, Boschwerke.
Daniel Großhans, Brauerei Dinkelacker.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

Infolge Unglücksfalls verschied unser treues Verbandsmitglied und lieber Kollege

Hans Breinbauer.

Ein dauerndes Andenken bewahrt ihm der

Ortsverein Passau.

Unserer Kollegin **Lieska Rudolph** nebst ihrem Gatten die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Ortsverein Altenburg.

Unserer Kollegin **Lieschen Behne** nebst ihrem Gatten, sowie unserem Kollegen **Franz Schüler** und seiner lieben Frau nachträglich die herzl. Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Neuhaldensleben.

Unserm Kollegen **Alois Langenbrink** und seiner lieben Frau Anna zur Vermählung nachträglich die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Glückauf-Brauerei, Gelsenkirchen.

Zur Vermählung unserem Koll. **Paul Czerwionka** und Frau Elisabeth die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Malzfabrik Hamburg A.-G. in Hamburg.

Unserem hochverehrten Kollegen **Karl Hühne** zu seiner 25jährigen Zugehörigkeit zum Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, die herzlichsten Glückwünsche.

Die Brauer-Kollegen der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei, Abtlg. IV.

Unserem Kollegen **Emil Rother**, sowie seiner hochverehrten Gattin die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kollegen der Schultheiß-Patzenhofer Malzfabrik, Schöneberg.

Unserem Kollegen **Heinrich Schönheister** nebst seiner lieben Braut Trina, sowie unserem Koll. **Ludwig Lemnitzer** nebst seiner lieben Braut Hedwig die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Die Kollegen der Zahlstelle Falkenstein.

Unserem Kollegen, dem Schmied **Paul Hanke** und seiner lieben Frau die herzlichsten Glückwünsche nachträglich zur Silberhochzeit.

Die Handwerker und Brauer der Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei, Abtlg. V, Breslau.

Ganter's Brauerschuhe und -Stiefel

bieten Dir etwas ganz besonderes, das Du sonst nirgends erhalten kannst. Mache einen Versuch und Du bist überzeugt. Bestelle sofort Gratispreisliste.

Aug. Ganter, Holzschuhfabr., Waldkirch i. Breisg., Baden.